

Arbeitslosennot unter Schwarzweibrot

Die Arbeitslosen haben unter der Schwarzweibrotregierung des Landes Braunschweig nur leere Redensarten bekommen. Wenn aber der Landtag einmal für die armen Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung etwas bewilligte, dann war immer die sozialdemokratische Landtagsfraktion die Drängerin gewesen. Zu Taten für die Arbeitslosen wurde die bürgerliche Mehrheit im Landtage und auch die Stahlhelm-Regierung stets von der sozialdemokratischen Fraktion im Landtage getrieben.

Unter der früheren sozialdemokratischen Landtagsmehrheit war es im Braunschweiger Landtag üblich geworden, den Arbeitslosen von Zeit zu Zeit Erwerbslosengeld zu geben. Auch nach Eintritt der Reichsregierung beantragte die sozialdemokratische Fraktion, für die Arbeitslosen im März 1925 eine Sonderbeihilfe zu geben. Unter der Wucht der Gründe und der Not der Arbeitslosen bewilligte die Mehrheit mit führender Miene die Gelder. Ein Regierungsvertreter ließ aber schon durchblicken, daß für solche Zwecke Gelder nicht zur Verfügung ständen.

Die Arbeitslosigkeit wuchs weiter! Die sozialdemokratische Fraktion griff wieder ein und verlangte im Herbst 1925 eine Winterbeihilfe für Erwerbslose.

Die Sozialdemokraten verlangten:	Die Rechtsparteien bewilligten:
für 2. u. 3. Monat der Arbeitslosigkeit für Hauptempfänger 30 M	für 2 bis 6 Monate Erwerbslosigkeit:
für die Ehefrau 12 „	Hauptempfänger 20 M
für jedes Kind 8 „	Ehefrau 10 „
bis Höchstbetrag 90 „	jedes Kind 6 „
für 4. bis 6. Monat:	
Hauptempfänger 40 M	über 6 Monate:
Ehefrau 15 „	Hauptempfänger 30 M
jedes Kind 10 „	Ehefrau 15 „
bis Höchstbetrag 115 „	jedes Kind 6 „
über 6 Monate:	
Hauptempfänger 50 M	
Ehefrau 18 „	
jedes Kind 12 „	
bis Höchstbetrag 140 „	

Diese Gegenüberstellung beweist schon, wie die Reichsmehrheit bemüht war, dort zu sparen, wo die Not am größten ist. Aber die Arbeitslosen sind ja nicht ihre Wähler! Für die Großgrundbesitzer und Kirche aber war immer Geld da!

Der bekannte deutschnationale Abg. Dr. Koloff mußte im Jahre 1925 einmal zugeben, daß unter der früheren sozialdemokratischen Regierung Sonderaktionen zugunsten der Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner und anderer Unterstützungsberechtigten im Braunschweiger Landtage

beinahe ein Brauch geworden sei und — sagte Dr. Koloff — man kann sagen:

Ein lobenswerter Brauch!

Als aber die sozialdemokratische Fraktion im Landtage diesen lobenswerten Brauch fortsetzen wollte und bei zunehmender Not der Arbeitslosen weitere Anträge auf Unterstützung stellte, vertrocknete die Reichsmehrheit und auch Dr. Koloff mit seiner Stahlhelm-Regierung hinter Reichsbefimmungen und Finanznot. Diese Bestimmungen bestanden aber auch schon unter der sozialistischen Regierung und auch damals, als Dr. Koloff es als lobenswert bezeichnete, gegen die Reichsbefimmungen zu verstoßen. Die Rechtsparteien und die Reichsregierung hatten jetzt die so lange gesuchte Ausrede gefunden, um ihrer Bursifigkeit gegenüber der Not der Arbeitslosen und ihrer Familien eine Begründung zu geben!

Mit welcher Dummheit gegenüber den Arbeitslosen von den sogenannten „Fachministern“ verfahren wurde, zeigt folgender Fall.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte eine Sonderunterstützung beantragt, die etwa der Staatskasse 225 000 Mark kosten sollte. Dasselbe sollten Gemeinden und Kreise dazu geben. Im Ausschuß des Landtages erklärte die famose Reichsregierung, es seien Mittel nicht zur Verfügung und die bürgerlichen Parteien unterstützten diese Ansicht. Der sozialdemokratische Antrag wurde niedergedredet. In der Vollversammlung des Landtages wurde dann von rechts ein Antrag gestellt, der dieselbe Summe verschlang, und da war auf einmal nach Ansicht der Regierung das Geld da. Angst und Schreck!

Bei einer anderen Gelegenheit hatten die Arbeitslosen eine Abordnung in den Landtag entsandt, die mit Vertretern der politischen Parteien über einen sozialdemokratischen Unterstützungsantrag verhandeln sollten. Die Vertreter der Rechtsparteien (Steigertahl, Frau v. Braum usw.) versprachen auch den Arbeitslosen, etwas zu tun. Am anderen Tage aber himmelten alle Abgeordneten von rechts die Anträge der Sozialdemokraten zur Unterstützung der Arbeitslosen nieder.

Die Schwarzweibrot Parteien sind und bleiben arbeiterfeindlich. Zwar hängen sie sich manchmal für kurze Zeit ein soziales Mantelchen um. Sobald aber die Fürsorge für die Arbeiterschaft Geld kostet, werden sie nervös und erklären: Für solche Zwecke haben wir kein Geld zur Verfügung. Am Wahltag diesen Volkseindern keine Stimme! Jeder wählt sozialdemokratisch, Liste 1.

Die schenßliche Hauszinssteuer

ist ein Produkt des Finanzministers Dr. Lütke von der Deutschen Volkspartei. Die bürgerliche Reichsregierung führte sie am 14. Februar 1924 ein. Sie soll wie folgt verwendet werden:

- zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder, Kreise und Gemeinden;
- zur Förderung des Wohnungsbaues;
- zur Erfüllung der den Ländern neu überwiesenen Aufgaben auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungswesens und der Polizei.

Die Hauszinssteuer ist unsozial, weil sie hauptsächlich diejenigen belastet, deren Einkommen sowieso schon zum Leben zu niedrig ist. Unsere Fraktion hat dann auch 1924 nach zähem Kampf durchgesetzt, daß diese Steuer bei uns

in Braunschweig wenigstens gestaffelt werden sollte. Vom Landtag wurde folgende Staffelung beschloffen:

In der Stadt Braunschweig und Orten der Cirkasse A:

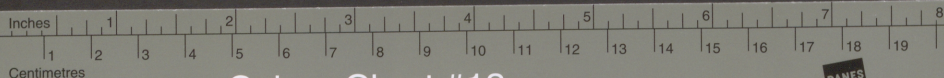
Friedensmiete	bis 300 M frei
	von 300 bis 500 M = 10 Proz.
	von 500 bis 700 M = 30 Proz.
	über 700 M = 40 Proz.

In den übrigen Orten des Landes:

Friedensmiete	bis 150 M frei
	von 150 bis 250 M = 10 Proz.
	von 250 bis 350 M = 20 Proz.
	von 350 bis 500 M = 30 Proz.
	über 500 M = 40 Proz.

der Friedensmiete.

Die Reichen waren über diese Staffelung aufs äußerste entrüstet.



Colour Chart #13

DANES
PICTA
COM

Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black